



Dr. Philipp W. Hildmann

ist Leiter des Kompetenzzentrums Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



Dr. Susanne Schmid

ist Leiterin des Referats Gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration an der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Einführung

Wo stehen wir im Kampf gegen Salafismus?

Die Ereignisse in Berlin und Dresden 2020 haben uns schmerzlich vor Augen geführt, wie präsent der islamistische Terrorismus und die salafistische Ideologie nach wie vor in Deutschland sind. Wir stellen uns daher die Fragen: Wo stehen wir in Deutschland und Bayern im Kampf gegen Salafismus? Was sind die Ursachen für religiös begründete Radikalisierung? Welche Rolle spielen Soziale Medien? Wie kann man Kinder und Jugendliche stärken und für Demokratie und Pluralismus begeistern? Welche Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung haben sich im Phänomenbereich Salafismus bewährt?

Der Salafismus ist eine der weltweit dynamischsten und am schnellsten wachsenden islamistischen Strömungen, die insbesondere junge Menschen anspricht. Die Verfassungsschutzbehörden stufen ihn auch hierzulande nach wie vor als gefährliche und extremistische Ideologie mit erheblicher Propagandatätigkeit ein.

Wir alle wissen, dass die Ursachen für religiös motivierten Extremismus vielfältigster Natur sind und sich nicht schematisch erklären lassen. Die Rekrutierung von Anhängern extremistischer Organisationen erfolgt über geschickte Anwerbestrategien unter anderem auch über Soziale Medien. Dabei werden häufig individuelle prekäre Lebensumstände als auch sozio-kulturelle Spannungen innerhalb der Gesellschaft ausgenützt. Auch wissen

wir, dass Personen, besonders im Jugendalter, die nicht von unserer Gesellschaft aufgefangen werden, sich ein anderes Bezugssystem suchen. Sie sind einfache Opfer für extremistische Gruppierungen.

Kinder und Jugendliche zu schützen und ihnen demokratische Werte zu vermitteln ist Aufgabe der Gesellschaft, Aufgabe jedes Einzelnen und insbesondere auch Aufgabe von Vereinen, Verbänden und Institutionen. Mit unserer Veröffentlichung wollen wir daher den aktuellen Sach- und Forschungsstand zu folgenden Fragen beleuchten: Was wissen wir über die Ausprägung des Phänomens Salafismus in Deutschland und Bayern? Was sind die Ursachen für religiös begründete Radikalisierung? Wie erkennt man den Beginn einer Radikalisierung? Hat dabei die Ausprägung des Demokratieverständnisses eine Bedeutung? Welche Rolle spielen Soziale Medien? Wir wollen aber auch fragen, wie von Institutionenseite in Bayern auf das Phänomen reagiert wird und welche Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung sich bewährt haben.

Gemeinsam mit Experten aus den Bereichen Politik, Sicherheit, Religion, Wissenschaft und Praxis wollen wir im Folgenden über die Ursachen religiös begründeter Radikalisierung sowie über mögliche Lösungs- und Interventionsstrategien informieren.

Den ersten Abschnitt „Sachstand und Hintergrundinformationen“ eröffnet der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, **Burkhard Körner**. Er informiert über die jihadistischen Dynamiken und Strukturen weltweit sowie über das salafistische Personenpotenzial in Deutschland und Bayern. Er resümiert, dass der salafistische Jihadismus trotz des militärischen Sieges über den IS weiterhin eine Gefahr für die internationale Sicherheit darstelle. In Deutschland habe das Rekrutierungspotenzial für den Salafismus einen Sättigungsgrad erreicht, gleichzeitig erstarken jedoch andere Organisationen im legalistisch-islamistischen Bereich. Von Jihad-Rückkehrern könne eine hohe Gefährdung ausgehen; das Gewalt- und Agitationspotenzial von salafistisch sozialisierten Kindern sei gegenwärtig noch schwer abschätzbar.

Hazim Fouad, Islamwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für Verfassungsschutz beim Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen, verortet den Salafismus als Strömung zwischen religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus. Hierfür untersucht er den Salafismus aus religionswissenschaftlicher und extremismustheoretischer Perspektive und beleuchtet das Verhältnis des Salafismus zu politischer Gewalt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Salafismus eine Form von religiös begründetem Extremismus sei, der sich durch sein fundamentalis-

tisches Islamverständnis von anderen islamistischen Strömungen unterscheidet. In Deutschland würde der überwiegende Teil der salafistischen Bewegung seine Ziele ohne politische Gewalt zu erreichen suchen, was aber nichts an deren antidemokratischen Ausrichtung und der daraus resultierenden Gefahr für die innere Sicherheit ändert.

Politikwissenschaftler und Extremismusforscher **Rudolf van Hüllen** analysiert in seinem Beitrag die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Extremismus-Phänomenen Salafismus, Links- und Rechtsextremismus. Dabei geht er auf deren Genese und Gewaltakteure sowie auf die wechselseitige Perzeption der Extremismen ein. Als fünf Gemeinsamkeiten identifiziert er: (1.) ein holistisch und hermetisch abgeschlossenes Weltbild, (2.) einen exklusiven und exkludierenden Wahrheitsanspruch, (3.) der notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen sei, (4.) klare und kompromisslose Freund- und Feindbilder sowie (5.) Verschwörungsdenken. Van Hüllen hält die Gemeinsamkeiten der drei Phänomene als Gegenparts zu demokratischen Ordnungen für gravierend und konstatiert ihre Zunahme.

Den zweiten Abschnitt „Politische Bewertung“ eröffnet der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, **Joachim Herrmann**. Er skizziert zunächst den islamistischen Terror als gemeinsamen Feind in Europa, der insbesondere das Internet intensiv als Propaganda-, Rekrutierungs- und Steuerungsmedium nutze. Anschließend geht er speziell auf Bayerns Kampf gegen den Salafismus ein, der neben repressiven Maßnahmen zunehmend auch präventiv – allem voran durch das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung – geführt werde, um Radikalisierung möglichst bereits im Keim zu ersticken und dem islamistischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Dass es insbesondere die junge Generation ist, auf die Salafisten mit ihren Rekrutierungsbemühungen zugehen, thematisiert **Carolina Trautner**, die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales. Sie beschreibt die perfiden Indoktrinationsmethoden der Extremisten, weist auf die Schwierigkeiten hin, Radikalisierungen früh zu erkennen und nimmt einige zivilgesellschaftliche und staatliche Hilfsangebote speziell für diese gefährdete Gruppe und ihr Umfeld näher in den Blick.

Welche Maßnahmen das Bayerische Staatsministerium der Justiz bereits ergriffen hat, um islamistische Tendenzen bei der Strafverfolgung, im Justizvollzug oder in der Bewährungshilfe aufzudecken und wirksam zu bekämpfen, schildert der Beitrag des zuständigen Staatsministers **Georg Eisenreich**. Da die Gefahren durch extremistische und terroristische Straftaten so bald nicht abnehmen dürften, werden sodann konkrete Forderungen an den Bun-

desgesetzgeber nach Ergänzungen des Strafgesetzbuchs und einer Änderung der gerichtlichen Zuständigkeiten formuliert.

Die politischen Bewertungen vervollständigt schließlich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, **Stephan Mayer**, der der Frage nachgeht, wie weit bei aller grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit die Toleranz für fundamentalistische religiöse Ansichten gehen dürfe angesichts der Vielzahl von Menschen, die in den vergangenen Jahren Opfer von Terroranschlägen sich radikalisierender Islamisten in Deutschland und Europa geworden seien. Vor dem Hintergrund einer Stabilisierung der Anzahl der Salafisten auf hohem Niveau unterstreicht er zudem die Bedeutung einer vorausschauenden und langfristigen Präventions- und Integrationsarbeit.

Den dritten Abschnitt „Aktuelle Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung“ eröffnet der Rechts- und Islamwissenschaftler **Mathias Rohe**, der das schrittweise Ankommen muslimischen Lebens als Teil Bayerns und Deutschlands nachzeichnet, ohne die vielschichtigen, real existierenden Probleme auszublenken. Als „rechtsstaatsfeindliche Geschwister“ identifiziert er sodann Islamismus und Islamfeindlichkeit. Trotz seines vergleichsweise geringen Organisationsgrads in Bayern stelle Ersterer einen erheblichen Bedrohungsfaktor für die Bevölkerung dar. Als nicht minder bedrohlich wird die verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit eingestuft. Gegen beide extremistischen Bedrohungen würden Aufklärung, klare rechtsstaatliche Maßnahmen, wirksame Prävention sowie eine faire Teilhabe aller Gutwilligen helfen.

Über Aufstieg und Niedergang des Salafismus informiert der Islamwissenschaftler **Andreas Rieck** in einer kenntnisreichen Tour d’Horizon, die ihren Ausgang im saudischen Wahhabitentum der 1980er-Jahre nimmt, im 2014 ausgerufenen IS-Kalifat kulminiert und nach dessen Zerschlagung in der global gesehen abnehmenden Bedeutung dieser extremistischen Ideologie mündet. Auch für Deutschland gelte, dass der Zenit der Anziehungskraft des Salafismus möglicherweise überschritten sei, da zum einen ein überzeugendes Narrativ in Form eines Konflikts in der islamischen Welt fehle, in dem ein Engagement auch für Muslime in Deutschland attraktiv wäre, und da zum anderen potenzielle Akteure inzwischen unter starker Beobachtung stünden, was zu einer spürbaren Einschränkung ihrer öffentlichen Aktivitäten geführt habe.

Der Peripherie des religiös begründeten Extremismus wendet sich **Friedhelm Hartwig**, Islamwissenschaftler und Deradikalisierungsforscher, zu. Die von ihm präsentierten Forschungsergebnisse sind eindeutig: Wer auf den gerade für die jüngere Generation äußerst wichtigen YouTube-Plattformen nach Antworten auf Fragen zum Islam suche, gerate nahezu automatisch in

eine sunnitisch-islamistische, zumeist salafistische Informationsblase. Aufgezeigt werden nicht nur die wichtigsten Merkmale und Erfolgsfaktoren dieser Angebote. Es werden auch Aufgaben für Plattformbetreiber sowie für Akteure in Forschung, Bildung und Präventionsarbeit formuliert.

Zum Abschluss dieses Abschnitts wirft der Islamismusforscher **Moussa Al-Hassan Diaw** noch einen konkreten Blick auf radikalisierte Personen im österreichischen Strafvollzug und nach deren Entlassung. Er zeigt verschiedene Gründe für Radikalisierungen auf, beschreibt Wege von der ideologischen Grundüberzeugung hin zum Terrorismus, aber auch ganz praktische Ansätze für gezielte Distanzierungs- und Deradikalisierungsprozesse. Freiheitsentzug allein, so seine dargelegte und auch aus der Praxis gespeiste Grundthese, stelle ohne präventive Maßnahmen wider Radikalisierungstendenzen in Haft und ohne Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit ein vergrößertes Gefahrenpotenzial dar.

Den vierten Abschnitt „Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung“ eröffnen **Ulrike Fischer**, Leiterin der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Bayerisches Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ am Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, und **Christiane Nischler-Leibl**, Leiterin der Abteilung VI „Frauenpolitik, Gleichstellung und Prävention“ am Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Die Autorinnen stellen das 2015 gegründete ressortübergreifende Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus detailliert vor. Das Netzwerk verfolgt einen ganzheitlichen präventiven Ansatz, um Radikalisierungsprozesse zu verhindern und die Gesellschaft gegen den Einfluss von Extremisten immun zu machen. In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern bietet das Netzwerk vielfältige Maßnahmen an und fördert die lokale Vernetzung.

Über Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention im bayerischen Justizvollzug informiert **Gülden Hennemann**, Leiterin der 2020 gegründeten Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus (ZKE) sowie der Operativen Einheit Extremismusbekämpfung im Justizvollzug (OpEE). Dafür beziffert sie die Fälle von Islamismus im bayerischen Justizvollzug und gibt einen Überblick über bisherige und neue Bekämpfungsansätze. Hennemann zeigt auf, wie der bayerische Justizvollzug in den letzten fünf Jahren seinen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz – orientiert an der „Drei-Säulen-Strategie“ – erfolgreich fortentwickelt hat. Die Strategie basiert auf den Säulen (1.) Radikalisierungsprävention, (2.) Extremismusbekämpfung (Repression) und (3.) Deradikalisierung. Die ihnen zugrundeliegenden Maßnahmen wurden im engen Austausch zwischen operativer und strategischer Ebene stetig evaluiert und angepasst.

„Wie erreichen wir Menschen, die unsere demokratischen Grundwerte ablehnen und sich der gefährlichen Ideologie des Salafismus zugewandt haben, um ihnen eine neue Chance in unserer Gesellschaft zu geben?“ – **Bernd Willeuthner**, Kriminalhauptkommissar am 2015 gegründeten Kompetenzzentrum für Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes (KomZ), stellt sich diese Frage täglich. In seinem Beitrag informiert er über die Entstehungsgeschichte, die Akteure und das Tätigkeitsfeld des Kompetenzzentrums. Ferner berichtet er über die Arbeit mit Rückkehrern aus Krisengebieten und Geflüchteten. Ziel des KomZ ist es, Gefahren, die von radikalisierten Personen für andere oder für sich selbst ausgehen, abzuwenden. In Zusammenarbeit mit dem zivilgesellschaftlichen Träger „Violence Prevention Network“ werden Hilfestellungen und Beratungsangebote für das Umfeld, also etwa für Eltern, Angehörige und weitere Bezugspersonen, formuliert.

Mustafa Ayanoğlu, Referent an der „Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – ufuq.de“, berichtet über die Entstehung und den universellen Präventionsansatz von ufuq. Die 2015 vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gegründete Fachstelle setzt im Vorfeld der Radikalisierung an und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit salafistischer Rhetorik, von der sich Jugendliche oft angezogen fühlen. ufuq informiert, berät und schult pädagogische Fachkräfte der Bildungs- und Jugendarbeit, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure in den Bereichen Islamismus, Salafismus und Islamfeindlichkeit sowie zur präventiven pädagogischen Arbeit. Zusätzlich werden Workshops von Jugendlichen für Jugendliche zu den Themen Islam und Demokratie, Salafismus, Islamfeindlichkeit, Geschlechterrollen und digitale Medien angeboten.

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erzieht insbesondere junge Menschen zur Bereitschaft, empathisch und couragiert am staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Miteinander teilzunehmen, extremistischen Anschauungen in jeder Form argumentativ entgegenzutreten und sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aktiv einzusetzen. Politische Bildungsarbeit leistet im Kampf gegen Salafismus wichtige Präventionsarbeit. Ein Kernbereich der Landeszentrale ist dabei die Aufklärung über extremistische Äußerungen speziell im Internet und in den Sozialen Netzwerken. **Rupert Grübl** und **Johannes Uschalt** berichten in ihrem Beitrag über die zahlreichen Angebote der Landeszentrale. Das „Politmobil“, das Programm „Profil zeigen – für eine starke Demokratie“ sowie die Workshop-Reihe „Hass 2.0“ und die Bildungsinitiative „GermanDream“ seien hier nur exemplarisch benannt.

Um die 2012 gegründete „Beratungsstelle Radikalisierung“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe sich laut Referatsleiter **Florian Endres** ein breites Netzwerk an zivilgesellschaftlichen und behördlichen Strukturen gebildet, das auf inhaltlicher und struktureller Ebene die Interventions- und Deradikalisierungsarbeit im Phänomenbereich Islamismus maßgebend weiterentwickelte. Die gewachsenen Deradikalisierungsstrukturen seien dabei eng verbunden mit den Entwicklungen in der salafistischen Szene. Endres identifiziert in diesem Zusammenhang eine Drei-Phasen-Entwicklung: (1.) 2012-2014: Mobilisierung der Szene und Etablierung der Beratungsstrukturen, (2.) 2015-2018: Anschläge in Europa und weitere Zielgruppen rücken ins Spektrum der Deradikalisierungsarbeit, (3.) ab 2019: weitere Professionalisierung und Institutionalisierung sowie Diffusion der Szene und des Phänomens. Im Umgang mit Koran-Verteilung, Jihad-Ausreisen und Anschlägen habe sich, so Endres, Deradikalisierung in Deutschland als wesentlicher Faktor der ganzheitlichen Terrorismusbekämpfung etabliert.

Die Gefahr durch gewaltorientierte Salafisten in Deutschland ist seit mehreren Jahren anhaltend hoch. Präventionsarbeit und damit die Sensibilisierung und Aufklärung über Strategien, Mittel und Zielgruppen salafistischer Propaganda sind daher von herausragender Bedeutung. Mit dieser Veröffentlichung wollen wir über die Mechanismen religiös begründeter Radikalisierung informieren und bewährte Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung vorstellen.

Wir wünschen eine informative Lektüre!

///